



Jahresbericht 2006

Gesellschaftspolitisches Beraterprogramm
Östliches Afrika

Teilprojekt Uganda

BMZ-PN: 198928277

Teil I

Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Berichterstatter: Jürgen Peters

Kampala, Dezember 2006

Das Wichtigste auf einen Blick

Nach 20 Jahren Movementsystem fanden im Februar 2006 erstmalig Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen im neuen Mehrparteiensystem statt.

Oberflächlich ist alles beim alten geblieben. Museveni ging, allerdings mit seinem schlechtesten Ergebnis, abermals als Sieger hervor. Der bei den letzten Wahlen 2001 unterlegene Besigye verlor auch dieses Mal.

Im Parlament sitzen nunmehr Abgeordnete, die neben ihren Wahlkreisen auch noch Parteien vertreten. Insgesamt hatten sechs Parteien mindestens einen Wahlkreis gewonnen und zogen damit in die achte Nationalversammlung ein. Die aus dem Movement hervorgegangene NRM hat eine komfortable Mehrheit gewinnen können. Die Opposition wird von der FDC vertreten, die die zweitmeisten Stimmen auf sich vereinen konnte.

Als offenkundiges Zeichen erheblicher Umstellungsschwierigkeiten aller Beteiligten auf das Mehrparteiensystem zogen 37 unabhängige Abgeordnete in die Nationalversammlung ein.

Bei der Ernennung des Regierungskabinetts stellte Museveni mit 27 Ministern und 44 Staatsministern einen neuen und vielfach kritisierten Rekord auf. Dennoch konnte auch dieses Kabinett nicht allen ethnischen, religiösen und sektorspezifischen Interessen entsprechen und wurde deshalb auch intern heftig kritisiert.

Dem Ziel, im Nordugandakonflikt nach 20 Jahren Bürgerkrieg, Entführungen, Verstümmelungen und Vertreibung eine friedliche Lösung zu finden, ist man mit der Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der ugandischen Regierung und den LRA-Rebellen einen großen Schritt näher gekommen. Zwar steht der Waffenstillstand noch auf wackeligen Beinen, es finden jedoch keine ernsthaften Zwischenfälle mehr auf ugandischem Territorium statt, so dass man mit der Rückführung der internen Flüchtlinge beginnen konnte.

Als großes politisches Problem gestaltet sich das eingeleitete Verfahren des internationalen Strafgerichtshofes gegen den LRA-Führer Kony und vier seiner militärischen Führer. Die andauernde öffentliche Debatte wird kaum sachgerecht geführt und vermischt die unterschiedlichen Ebenen transnationaler, nationaler und traditioneller Rechtssysteme.

Im Zentrum der ugandischen Außenpolitik steht die ostafrikanische Integration. Museveni hat sich diese zum Lebenswerk gesetzt und verstärkt die nationalen und regionalen Bemühungen, um den Fahrplan zur politischen Einheit Ostafrikas einzuhalten.

Das für November 2007 geplante Treffen der Staatsoberhäupter des Commonwealth in Kampala wirft seine Schatten voraus. Es sorgt bereits jetzt für Aufbruchstimmung und eine positive Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Große Hoffnungen werden weiterhin durch die ersten erfolgreich verlaufenden Ölexplorationen im Westen Ugandas geweckt.

Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Uganda

I. Innenpolitische Entwicklung

Das Wahljahr 2006 und die politischen Akteure

Politisch war 2006 ein spannendes Jahr für Uganda. Nach 20 Jahren Movementsystem hielt das Mehrparteiensystem Einzug. Als im Januar die ugandischen Wähler an die Wahlurnen gerufen wurden, um ihren neuen Staatspräsidenten und ihr neues Abgeordnetenhaus zu wählen, galt es, die Stimme nicht nur für einen individuellen Politiker abzugeben, sondern für einen Politiker, der eine Partei vertrat. Für zwei Jahrzehnte wurden Parteien verteufelt, für alle politischen Schrecken der Vergangenheit verantwortlich gemacht und durften öffentlich nicht in Erscheinung treten. Nach dem Referendum im Juli 2005, in dem sich eine überwältigende Mehrheit der Wähler für die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems entschied, mussten alle Beteiligten plötzlich umdenken und sich in nur sieben Monaten auf Wahlen in einem unbekanntem politischen Umfeld einstellen. Dass dies überhaupt gelang und verhältnismäßig glatt über die Bühne ging, ist das wirklich bemerkenswerte Ereignis dieses Jahres.

In Anbetracht der kurzen Zeit für die Vorbereitung auf die Wahlen war es nicht verwunderlich, dass die Parteien keine wirkliche Rolle bei diesen Wahlen spielen konnten. Allerdings ist auch das starre präsidentiale System nicht förderlich, um bei der Masse der Wähler die Rolle von Parteien im politischen System zu verdeutlichen. Das Hauptaugenmerk bleibt auf die Wahl des Staatspräsidenten gerichtet und der begrenzte Einfluss des nationalen Parlamentes auf die Politikgestaltung lässt die Wahl der Abgeordneten in den Augen der meisten Wähler als nebensächlich erscheinen. So können aus den Ergebnissen dieser Wahl nur schwerlich Rückschlüsse auf die wahre Kräfteverteilung in der ugandischen Parteienlandschaft gezogen werden.

Das Hauptaugenmerk der Wahl 2006 richtete sich somit auf die Frage, ob es der seit 20 Jahren an der Macht in Uganda befindliche Yoweri Museveni nochmals schaffen kann, das Präsidentenamt für sich zu gewinnen. So war zuvor nicht eindeutig klar, ob die Wähler die Einführung des Mehrparteiensystems eindeutig befürworteten oder eventuell Museveni dafür abstrafen würden. Des Weiteren war nicht abschätzbar, wie sich die Verhaftung des erst kurz vorher aus dem Exil zurückgekehrten Hauptkonkurrenten, Dr. Kizza Besigye, im Wahlergebnis reflektieren würde.

Tatsächlich musste sich Museveni mit 59% der Wählerstimmen mit seinem schlechtesten Ergebnis zufrieden geben. Nach 75% in 1996 und 69% in 2001 ein signifikanter Einbruch in der Wählergunst für einen, der sich in der Spitzengruppe der am längsten regierenden Staatspräsidenten Afrikas befindet. Zweifelsohne ein ernüchterndes Ergebnis für einen Machtmenschen wie Museveni, besonders wenn man das um 16 Punkte bessere Ergebnis betrachtet, das die Partei Musevenis das *National Resistance Movement* (NRM) eingefahren hat. Ein Tatbestand, der langsam zu einer kritischen Diskussion innerhalb der NRM führt.

Im neuen politischen System müssen sich sowohl die Präsidentschaftskandidaten als auch die Parteien um ein neues taktisches Konzept bemühen. So beginnen die Strategen innerhalb der NRM, sich langsam auf die veränderte Situation einzustellen. Man realisiert

die erhebliche Diskrepanz zwischen dem Wahlergebnis der Partei und ihrem Spitzenkandidaten. Zwar hatte der ernsthafteste Gegenkandidat, Besigye, lediglich 37% der Wählerstimmen auf sich vereinen können, dennoch vermerkt man mit Sorge, dass dieses Ergebnis ohne eine breite parteipolitische Basis erzielt wurde. Das *Forum for Democratic Change* (FDC) ist eine neue, erst vor einem Jahr ins Leben gerufene Partei, die nicht auf alte traditionelle Strukturen zurückgreifen konnte und deshalb über nur rudimentäre organisatorische Strukturen vor allem im ländlichen Bereich verfügte.

Es scheint also ein sich zu Ungunsten der NRM verschiebendes politisches Klima vorzuherrschen, welches die Vermutung nahe legt, dass die Wählerunterstützung für Museveni weiter schwindet, sobald es die FDC vermag, eine schlagkräftige landesweite Parteistruktur aufzubauen. Dabei wird mit großer Sorge betrachtet, dass sich die NRM ihrer eigenen Movementvergangenheit nur sehr schwer entledigen kann. Die meisten NRM-Politiker gehen immer noch davon aus, dass NRM und Museveni gleichzusetzen sind und dass es sich bei dem letzten Wahlergebnis höchstens um eine vorübergehende Schwächeperiode des Präsidenten handelt, die spätestens bei der nächsten Wahl vom Wähler korrigiert werden wird.

Personifizierter Wahlkampf

Im Wahlkampf drehte sich alles um zwei Personen, den Präsidenten und seinen Herausforderer. Das neue Mehrparteiensystem spielte dabei höchstens eine Nebenrolle und die Hauptrollen waren mit zwei Kandidaten besetzt, die eigentlich keiner Parteien bedurften. Beide sind Abkömmlinge des Movementsystems, die einen konsequent persönlichen Wahlkampf geführt und die Nation gespalten haben. Es gab aber noch drei weitere Kandidaten. Miria Obote, die Witwe des ehemaligen Staatsführers Milton Obote, die von dessen ehemaliger Partei, dem *Uganda Peoples Congress* (UPC), zur ersten Kandidatin und Präsidentin dieser Traditionspartei gekürt wurde. Die zweite Altpartei, die *Democratic Party* (DP), hatte den beliebten Bürgermeister von Kampala, John Ssebaana Kizito, zu ihrem Spitzenkandidaten gemacht. Der fünfte Kandidat, Abed Bwanika, ging als Parteiloser ins Rennen. Alle drei spielten bei dieser Wahl keine Rolle und konnten jeweils lediglich um die 1% der Wählerstimmen für sich gewinnen.

Traditionell holte Museveni seine Stimmen im dichtbesiedelten Westen. Nach der Zentralregion ist der Westen die am weitesten entwickelte Region. In den letzten 10 Jahren konnte der Anteil der Armen mehr als halbiert werden und liegt nunmehr bei ca. 20%. Der Norden und der Osten sind dagegen in ihrer Entwicklung weit zurückgeblieben. Hier hat Museveni die meisten Stimmen verloren. Im Norden wurde er von seinem Gegenkandidaten mit 61% sogar eindeutig geschlagen. Dieser Sieg von Besigye ging allerdings auf Kosten der UPC und ihrer Spitzenkandidatin Miria Obote, die sich über den teilweise aggressiv gegen sie gerichteten Wahlkampfstil von Besigye bitter beklagt hat.

Die klare Niederlage der Präsidentschaftskandidaten der Traditionsparteien DP und UPC spiegelt sich in den Ergebnissen der Parlamentswahlen nicht so eindeutig wider. Eindeutiger Sieger wurde erwartungsgemäß die NRM, die von den 321 Parlamentssitzen 221 (68,9%) für sich gewinnen konnte. Mit 37 Sitzen (11,5%) blieb die FDC klar hinter dem Ergebnis ihres Parteiführers Besigye zurück, während die UPC und die DP mit jeweils 9 bzw. 2,8% gewonnenen Sitzen bei den Parlamentswahlen verhältnismäßig

besser als bei den Präsidentschaftswahlen abschnitten. Jeweils 1 Sitz gewannen die Conservative Party (CP) und das Justice Forum (JEEMA). Als Relikt des Movementsystems zogen zudem noch 43 unabhängige Kandidaten in das achte Parlament ein. Damit stellen die Unabhängigen die größte „Oppositionsfraktion“.

Freie und faire Wahlen?

Bereits im Vorfeld der Wahlen sprach die Opposition von Wahlbetrug. Die internationale Gebergemeinschaft bemühte sich, für entsprechende Transparenz zu sorgen und ermöglichte den Einsatz mehrerer Wahlbeobachtermissionen. Übereinstimmend wurde von allen Missionen die Verhaftung des Hauptopponenten Besigye als ein klarer Versuch der Wählereinschüchterung und Verstoß gegen das Fairnessgebot bewertet. Zwar wurde Besigye noch rechtzeitig vor der Wahl gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt, die ständige Meldepflicht und Gerichtsanhörungen führten jedoch zweifelsohne zu logistischen Schwierigkeiten im Wahlkampf des Oppositionspolitikers. Wem aber letztlich diese Verhaftung wirklich genutzt und wem geschadet hat, kann nicht genau festgestellt werden. Besigyees Popularität hat im Zweifel eher zugenommen und viele politische Beobachter gehen von einem Sympathiegewinn beim Wähler von bis zu 5 % für Besigye aus. Das wesentlich schlechtere Wahlergebnis der FDC scheint dies teilweise zu bestätigen.

Entgegen großen Befürchtungen im Vorfeld ging die Wahl relativ reibungslos über die Bühne. Es kam zwar zu einer Reihe von Unzulänglichkeiten und kleineren Auseinandersetzungen, welche auch von den verschiedenen Wahlbeobachtungsteams festgestellt und später in mehreren Gerichtsverfahren überprüft wurden. In mehreren Fällen kam es zu Korrekturen des Ergebnisses. Insgesamt wurde allerdings ein Fortschritt gegenüber den Wahlen 2001 vermerkt. Die aufgetretenen Unregelmäßigkeiten konnten im Überprüfungsverfahren durch den Obersten Gerichtshof keiner Partei eindeutig zugeordnet werden und hätten keineswegs ein Ausmaß erreicht, den Wählerwillen zu verfälschen.

Auch wenn man mit der Gerichtsentscheidung zur Wahl 2006 eine eher pragmatische Entscheidung getroffen hat, muss festgehalten werden, dass der Umgang mit der politischen Konkurrenz von allen Seiten noch erhebliche Defizite aufweist.

Die neue Regierung

Am 1. Juni wurde vom alten und neuen Staatspräsidenten Museveni sein neues Kabinett ernannt. Trotz vorangegangener vielfältiger Spekulationen enthielt die Kabinettsliste nur wenige Überraschungen. Die Ernennung von Eriya Kategaya als Minister für ostafrikanische Angelegenheiten war wohl die Größte. Er hatte dem Movement aus Protest gegen die Verfassungsänderung den Rücken gekehrt und galt seitdem als politisches Schwergewicht der oppositionellen FDC.

Ein umstrittenes neues Gesicht im Kabinett ist Salim Saleh, der Bruder des Präsidenten. Als Staatsminister für Mikrokredite hat er eine Schlüsselbehörde im Armutsbekämpfungsprogramm der Regierung übernommen. „Wohlstand für alle“ war das Wahlkampfthema von Museveni. Salim Saleh ist bei der breiten Bevölkerung sehr beliebt und erschien wohl auch deshalb als die richtige Besetzung für diese Aufgabe. Bei

einer entsprechenden Bewährung käme er wohl auch als möglicher Nachfolger von Museveni in Betracht.

Für die Opposition und viele ausländische Beobachter gilt Salim Saleh allerdings schlicht als Fehlbesetzung. Vorgeworfen wird ihm seine undurchsichtige Rolle im Kongoeinsatz der Ugandischen Armee und in verschiedenen Korruptionsaffären, in denen auch sein Name immer wieder genannt wird.

Auch die Kabinettsgröße fand vielfache Kritik. Das von Museveni ernannte Kabinett umfasst 27 Minister und 44 Staatsminister. Davon sitzen 30 Mitglieder erstmalig am Kabinetttisch und in 9 Ministerien kam es zu einem Wechsel an der Spitze. Dagegen mussten alle im Zusammenhang mit dem „Global Fund“ unter Korruptionsverdacht stehenden Minister ihren Kabinettsplatz räumen.

In einer ersten Klausursitzung hat die neue Regierung die Schwerpunkte ihrer Amtsperiode festgelegt. An einem Bekenntnis zu „Null Toleranz für Korruption“ kam auch die Ugandische Regierung nicht vorbei. Allerdings wurde mit der Ablösung des unter Korruptionsverdacht stehenden Gesundheitsminister zumindest ein unterstützendes Signal gegeben. Die ostafrikanische Integration hat Museveni zu seinem Lebensziel erhoben und mit Kategaya einen auch in der Außenpolitik erfahrenen Politiker mit dieser Aufgabe betraut.

Ein neuer Fokus wird auf die Technologieentwicklung gelegt. Es wurde ein neues Technologieministerium mit Hamu Muliira, einem bisher nur Eingeweihten bekannter Wissenschaftler an der Spitze, geschaffen.

In der Wirtschaftspolitik wird es keine Neuorientierung geben. Die hemmungslose Deregulierung und Liberalisierung wird weiterhin die Grundlage der ugandischen Wirtschaftspolitik bleiben.

Das Parlament im Mehrparteiensystem

Ebenfalls Mitte des Jahres trat das achte Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Nach 1980 erstmalig wieder in einem Mehrparteiensystem. Die kurze Zeit, sich auf die neuen politischen Gegebenheiten einzurichten, hat auch im parlamentarischen System für ein paar ugandische Besonderheiten gesorgt.

Uganda hat ein Einkammersystem. Die Nationalversammlung umfasste zum Zeitpunkt der Wahl 321 Sitze. Es ist damit das größte Parlament, seit im April 1962 die erste Nationalversammlung (mit 92 Abgeordneten) gewählt wurde. Dies hat mehrere Ursachen. Einerseits hat das Movementsystem zu einer ausgeprägten Ethnisierung geführt, die die Bildung immer neuer Distrikte zur Folge hat. So war Uganda zum Zeitpunkt der Wahl in 69 Distrikte unterteilt. Eine Zahl, die mittlerweile um 10 weitere Distrikte angewachsen ist. Andererseits wird speziellen gesellschaftlichen Gruppen die Wahl eigener zusätzlicher Abgeordneter zugestanden. So wird in jedem Distrikt neben den direkt gewählten Abgeordneten eine zusätzliche Abgeordnete gewählt. Das ugandische Parlament befindet sich dadurch in der Spitzengruppe beim Frauenanteil.

Zu den Frauenrepräsentanten gesellen sich weitere 25 spezielle Abgeordnete, wovon jeweils 5 von den Behinderten- und Jugendverbänden sowie den Gewerkschaften und 10 Abgeordnete vom Militär gewählt werden.

Die speziell gewählten Parlamentarier befinden sich in einer gewissen Grauzone. Sie sollen vorwiegend Gruppen- und nicht Parteiinteressen vertreten. So wurden ihre Nominierungen nicht von den jeweiligen Parteien vorgenommen, sondern erfolgten nach dem alten System der Persönlichkeitswahl durch ihre Organisationen. Ihre Einordnung in die jeweilige Fraktionsarbeit ist dementsprechend kompliziert.

Eine weitere Besonderheit ist der hohe Anteil unabhängiger Abgeordneter. Sie stellen die größte Parlamentariergruppe, bilden aber keine Fraktion. Dementsprechend schwierig ist ihre Situation im Parlament. Da es sich zumeist um in den Nominierungswahlen der NRM durchgefallene Kandidaten handelt, die dann als Unabhängige angetreten waren und ihren Wahlkreis gewonnen hatten, versucht die NRM, individuelle Abkommen mit ihnen zu treffen, um ihnen die Teilnahme an den Sitzungen der NRM-Fraktion zu ermöglichen. Quasi ein Stillhalteabkommen, was einer juristischen Überprüfung kaum standhalten dürfte, denn ein Parteiwechsel ist mit dem Verlust des Mandats verbunden.

Grundsätzlich ist die Parlamentsarbeit mit noch recht großen Unzulänglichkeiten versehen. So hat man zwar ein Mehrparteiensystem eingeführt, zwingt die Parteien jedoch mit der Geschäftsordnung des Parlamentes quasi in ein Zweiparteiensystem. Die sich in einem schwierigen Selbstfindungsprozess befindlichen Parteien werden im Parlament in eine Oppositionskoalition gezwungen, die ihre Oppositionsarbeit vermittels eines Sprechers der Opposition und einem Schattenkabinett vollzieht. Der Öffentlichkeit sind dadurch parteipolitische Inhalte der parlamentarischen Oppositionsarbeit kaum noch deutlich zu vermitteln. Es kam demzufolge zu größeren Konflikten in der parlamentarischen Opposition, die sich in der Weigerung der UPC und der DP, sich am Schattenkabinett zu beteiligen, manifestierten.

Ein weiteres Problem erscheint sich daraus zu ergeben, dass die Verfassung den Präsidentschaftskandidaten eine gleichzeitige Kandidatur als Parlamentsabgeordneter untersagt. Die beiden politischen Hauptopponenten führen ihre politischen Auseinandersetzungen somit außerhalb des Parlaments. Da beide auch weniger von einer Partei nominiert wurden, sondern sich eher eine Partei zur Unterstützung bei der Präsidentschaftswahl gesucht oder geschaffen hatten, wird die Fraktionsarbeit im Parlament derzeit kaum wahrgenommen. Da sich die politische Landschaft in Unterstützungslager dieser beiden starken Führungspersönlichkeiten spaltet, findet die eigentliche politische Auseinandersetzung außerhalb des Parlaments und unter geringer inhaltlicher Beteiligung durch die Parteien statt.

Parteienentwicklung

Wie bereits erwähnt, haben die beiden großen Parteien NRM und FDC die größten Schwierigkeiten, eine schlagkräftige Partei aufzubauen. Zwar ist die NRM gegenüber den anderen Parteien im Vorteil, da sie teilweise auf die Strukturen des Movementsystems zurückgreifen kann. Dieses ist allerdings löchrig und als Parteistruktur nur bedingt geeignet. Das größte Problem scheint jedoch die allumfassende Bandbreite des Movements zu sein. Das Movement fungierte als Sammelbecken aller politischer Richtungen und wurde durch Museveni zusammengehalten. Nun muss sich diese heterogene Bewegung eine politische Identität schaffen, die irgendwann auch ohne Museveni auskommen muss. Das Rezept hierfür ist noch nicht gefunden.

Die FDC ist eine neue Partei, die sich aus einem Zusammenschluss der Reform Agenda (RA) und dem Parliamentary Forum (PAFO) gebildet hat. Ihre Initiatoren waren hauptsächlich Anhänger des Movements, die sich gegen die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung für den Staatspräsidenten ausgesprochen hatten. Ihre programmatische Grundlage bildet somit die Gegnerschaft zum amtierenden Präsidenten. Dementsprechend operiert die FDC eher als Wahlverein zur Unterstützung ihres Spitzenkandidaten, denn als eine politische Partei, die auch ein politisches Konzept vertritt. Die ideologische Heterogenität ihrer Mitglieder erscheint ähnlich groß wie bei der NRM. International bemüht sich die Führungsspitze der FDC in der letzten Zeit verstärkt um Kontakte zu den Konservativen.

Beim Aufbau eines landesweiten effizienten Parteiapparats steht die FDC vor noch größeren Problemen als die Regierungspartei. Man hat sich nach der Parteigründung wegen der bevorstehenden Wahlen auf die urbanen Zentren konzentriert und entsprechend schlecht fiel das Wahlergebnis in den ländlichen Regionen aus.

Währenddessen konnten die beiden Altparteien DP und UPC auf eine Geschichte und alte Parteistrukturen aufbauen. Die DP wird allgemein als klassische christlich-konservative Partei angesehen. Die UPC hat ihre Wurzeln im „afrikanischen Sozialismus“ Nyereres. Obwohl die Wiederbelebung ehemaliger Parteistrukturen einfacher zu sein scheint als der Neuaufbau, kämpfen jedoch beide Parteien mit personellen und ideologischen Altlasten, die einen Neubeginn organisatorisch wie auch programmatisch erschweren.

Erstaunlich ist die inhaltliche Diskussion der beiden kleinsten im Parlament vertretenen Parteien JEEMA (Justice, economy, education, moral and African unity) und die Conservative Party. Die JEEMA war eine Partei für Muslime, versucht sich jedoch von dem Stigma einer islamischen Partei zu befreien und sucht eine Nische im Umweltbereich. Die CP wurde immer als Familienpartei gesehen und versucht sich nunmehr ebenfalls als Umweltpartei zu profilieren.

Parteien ohne Geld

Alle Parteien werden durch deutliche Finanzprobleme in ihrer Entwicklung gebremst. Die Abstinenz von Parteien auf der politischen Bühne für eine so lange Zeit, hat die Bereitschaft der Ugander, ihre Partei nicht nur moralisch sondern auch finanziell zu unterstützen, nicht wachsen lassen. Die Wahl hat alle viel Geld gekostet, welches jetzt für den Ausbau der Strukturen fehlt. Deshalb haben alle Parteien einen jetzt schon beträchtlichen Schuldenberg aufgebaut, der sie anfällig für Beeinflussung von außen macht. Zudem gibt es derzeit keine rechtliche Verpflichtung für Parteien, ihre Finanzen und deren Herkunft offen zu legen.

Die NRM hat die größten Schulden angehäuft. Dies, obwohl für die Regierungspartei die Grenzen zwischen Regierungs- und Parteigeschäft nicht immer ausreichend klar gezogen werden konnten. So sind auch in Uganda der Generalsekretär und die stellvertretende Generalsekretärin der Regierungspartei gleichzeitig mit einem Ministeramt betraut und werden aus dem Staatshaushalt finanziert. Des weiteren fließen Spendengelder eher in Richtung der an der Macht befindlichen Parteien, denn an die Opposition. Ein großes Fragezeichen steht hinter der verstärkten Reisetätigkeit der Parteiobere nach China. Hier

sollen größere Beträge für den Bau einer Parteizentrale und Sachausstattung der Parteibüros zugesagt worden sein.

Die FDC verfügt über wesentlich weniger finanzielle Möglichkeiten als die NRM. Sie ist allerdings auch die einzige Partei, die durch den Verkauf von Mitgliedskarten auch ihre Mitglieder stärker in die Finanzierungspflicht zu nehmen versucht. Spenden fließen hauptsächlich aus den USA und Großbritannien, wo man auf die teilweise finanzkräftige ugandische Auslandsgemeinde zurückgreifen kann.

Die UPC hatte bereits in ihren Anfängen versucht, mittels der *Milton Obote Foundation* (MOF) ein Netzwerk von Wirtschaftsunternehmen aufzubauen, das einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Parteiapparats leistete. Obwohl in der Nach-Obote-Zeit viele Vermögenswerte verloren gingen, könnte die MOF diese Rolle auch heute wieder spielen. Allerdings hat ein erbitterter Streit zwischen den Stiftungsoberen und der Parteispitze diese enge Zusammenarbeit vorerst auf Eis gelegt.

Die DP verfügt mit der katholischen Kirche nicht nur über einen einflussreichen, sondern auch finanzstarken Partner. Inwieweit auch das ugandische Königshaus zu den größeren Spendern gehört, ist nicht eindeutig auszumachen.

Eindeutig festzuhalten bleibt, dass eine gesetzliche Regelung über die Offenlegung der Parteifinancen und eine Regelung einer staatliche Parteienfinanzierung dringend geschaffen werden sollten.

II. Norduganda – endlich Frieden in Sicht?

Die Aussichten für einen Friedensschluss mit der LRA (Lord Resistance Army) waren noch nie so günstig wie seit diesem Jahr. Unter Vermittlung der südsudanesischen Regierung nahmen am 14. Juli 2006 die Verhandlungsdelegationen der ugandischen Regierung und der LRA-Rebellen Friedensgespräche in Juba auf. Die Delegation der ugandischen Regierung wird von Ruhakana Rugunda, ugandischer Innenminister, angeführt, die der LRA von Martin Ojur, der wie sämtliche anderen Delegationsmitglieder der LRA-Verhandlungsgruppe, der Gruppe der im Exil lebenden Acholie angehört. Vertreter der militärischen Führungsspitze der LRA nehmen selbst nicht an den Gesprächen teil.

Die Erwartungen an die Friedensgespräche waren von allen Seiten recht hoch gesteckt, vor allem hinsichtlich des Zeithorizonts. Gilt der Frieden doch als Voraussetzung für die Rückführung von geschätzten 1,5 Mio. internen Flüchtlingen aus den Flüchtlingslagern in ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet.

Dass die LRA eigentlich nie einen realistischen Forderungskatalog aufgestellt hat, erschwerte den Verhandlungsbeginn erheblich. Der mittlerweile vorgelegte Forderungskatalog weist das Defizit auf, dass er von den im Exil lebenden Acholies (die sich nunmehr als politischer Arm der LRA verstehen) aufgestellt wurde. Zweifel an der Authentizität dieser Forderungen und inwieweit sie mit der „militärischen Führung“ der LRA abgestimmt wurden, sind daher berechtigt.

Eine Hauptrolle spielte von Beginn der Verhandlungen der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStG) gegen Kony und vier weitere Oberbefehlshaber der LRA. Kony forderte eine Einstellung des Verfahrens als Grundvoraussetzung für ein

Friedensabkommen. Obwohl damit Gerechtigkeit zu einem fragwürdigen Verhandlungsgegenstand gemacht wurde und das Unabhängigkeitsgebot der Jurisdiktion verletzt wird, machte die Regierung ein Amnestieangebot für Kony und die vier weiteren unter Anklage gestellten LRA-Offiziere. Nur so wurde der Weg für einen Waffenstillstand geebnet.

Der Regierung scheint es durchaus bewusst zu sein, dass man sich mit dem Eingreifen in ein laufendes Verfahren des IStG, als Signaturmacht der „Römischen Statuten“, auf ein riskantes Spiel eingelassen hat. Man hat dem Druck einer populistischen öffentlichen Diskussion, die sich in der These „Frieden oder Gerechtigkeit“ zuspitzen lässt, nachgegeben, ohne die wirklich Verantwortlichen an den Verhandlungstisch zu bekommen. Dass die Frage einer Verfahrenseinstellung für die LRA nicht wirklich entscheidend ist, zeigte sich zudem in den unterschiedlichen Reaktionen auf das Amnestieangebot der Regierung. Die LRA-Verhandlungsgruppe in Juba lehnte das Angebot ab, während die LRA-Führung in Garamba (DRC) das Angebot annahm. Das Grundproblem, dass sich beide Seiten zutiefst misstrauisch gegenüberstehen, bleibt mit oder ohne des IStG-Verfahren bestehen. Kony wird weiterhin auf die Beseitigung des politischen und wirtschaftlichen Ungleichgewichts sowie die Unrechtmäßigkeit der Museveni-Regierung bestehen, während Museveni und seine Regierung auf ihrer Rechtmäßigkeit und demokratischen Legitimation beharren. Zurück bleibt der fade Geschmack, dass Gerechtigkeit und Rechtsnormen zu einem Verhandlungsgegenstand degradiert werden.

Positiv bleibt zu vermerken, dass der Waffenstillstand für den Norden Ugandas ein Ende der Gräueltaten gebracht hat. Die Voraussetzungen für eine Rückführung der internen Flüchtlinge wären grundsätzlich gegeben und tatsächlich hat diese bereits begonnen. Dennoch verbleiben viele Zweifel, ob ein wirklicher Friedensschluss in absehbarer Zeit erfolgen kann. Die Landfrage wird bereits jetzt äußerst kontrovers diskutiert. Uganda hat einen Weg der Modernisierung der Landwirtschaft eingeschlagen. Man möchte das landwirtschaftliche Exportpotenzial ausnutzen, was mit einer Produktivitäts- und Qualitätssteigerung einhergehen muss. Im Norden wollen die Menschen aus den Flüchtlingslagern jedoch auf ihre alten Ländereien und zu ihren traditionellen Bewirtschaftungsmethoden zurückkehren. Die Rückkehr in die Subsistenzwirtschaft wird aber wieder neue Ungleichgewichte schaffen.

Am Verhandlungstisch in Juba sitzen derzeit nur die Gruppe der Acholie. Der Norden umfasst aber noch weitere ethnische Gruppen, die entweder selbst Opfer der LRA wurden oder andere kleinere Rebellengruppen hervorgebracht haben. Wie werden ihre Forderungen bei einem eventuellen Friedensschluss berücksichtigt?

Es scheinen sich zudem vermehrt Stimmen für eine über eine Federation hinausgehende Unabhängigkeit Nordugandas und einen Zusammenschluss mit dem Südsudan stark zu machen.

III. Außenpolitische Entwicklung

Museveni hatte seine dritte Amtsperiode immer mit seinem Lebenswerk, der ostafrikanischen Union begründet. Die erfolgreichen Wahlen in Uganda waren für ihn ein wichtiger Etappensieg zur Verwirklichung seiner Vision. Er wird, entsprechend des

Fahrplans für die *East African Community* (EAC), beim Erreichen der letzten Stufe, der politischen Union, das amtsälteste Staatsoberhaupt der Region sein und darüber hinaus eine überaus positive Bilanz seiner Regierungszeit aufweisen können. Mit der Machtübernahme 1986 konnte er ein durch Diktatur und Bürgerkrieg erschüttertes Land befrieden und den Ugändern eine Entwicklungsperspektive aufzeigen. Museveni wird aber auch als derjenige gesehen werden, der sein eigenes alternatives Regierungsmodell, das „Movementsystem“, abgeschafft und das Land in ein Mehrparteiensystem überführt hat.

Wie auch immer ein Friedensabkommen für Norduganda im Detail aussehen mag, die Befriedung des Norden nach 20 Jahren grausamer Menschenrechtsverletzungen wird Museveni zuzurechnen sein. Auch sein Auftritt auf der „Große Seen Konferenz“ in Nairobi hat ihn als Mann des Friedens, nicht nur national sondern auch regional, erscheinen lassen. Wenn es also zu einer politischen Integration Ostafrikas kommen sollte, könnte Museveni wohl die besten Referenzen vorweisen, um auch dort eine Führungsrolle zu übernehmen.

Um diesen Integrationsprozess nicht ins Stocken geraten zu lassen, ist das neue Kabinett um einen Ministerposten für die ostafrikanische Integration erweitert worden. Weiterhin haben die drei ostafrikanischen Staatsschefs eine große Aufklärungskampagne gestartet, um auch bei der Bevölkerung eine breite Unterstützung für den regionalen Zusammenschluss zu schaffen. Dadurch soll auch eine mögliche Umkehr des Prozesses erschwert werden, um die leidvollen Erfahrungen der vergangenen, erfolglosen Integrationsbemühungen nicht zu wiederholen. Die ostafrikanische Integration ist für den überzeugten Panafrikanisten Museveni dabei lediglich der erste, aber entscheidende Schritt zur panafrikanischen Integration. Von daher wird das von uns Europäern häufig hinterfragte Konfigurationswirrwarr regionaler Integration in Afrika auch nicht als wirkliches Problem angesehen.

Ein weiteres bestimmendes Element der ugandischen Außenpolitik ist das Commonwealth. Uganda ist von der „Primier League“ bis zum Rechtssystem und dem Staatsprotokoll auf das ehemalige Mutterland, das Vereinigte Königreich, ausgerichtet. Die derzeit mit großem Aufwand laufenden Vorbereitungen des „Commonwealth Head of Government Meeting“(CHOGM), das mit dem Besuch der Königin verbunden ist, betont diese Ausrichtung zusehends. Zwar ist es im Zuge des politischen Transformationsprozesses zu manchen kritischen Äußerungen und sogar auch zu Kürzungen bei den Unterstützungsleistungen auch aus dem Vereinigten Königreich gekommen, dennoch hielt man sich mit pauschalen Verurteilungen der ugandischen Regierung zurück.

Insgesamt hat sich das ugandische Verhältnis zu den Geberländern seit den letzten zwei Jahren zunehmend getrübt. Die ugandische Regierung hatte sich seit den 90er Jahren dem Diktat der Weltbank und der besonders von den USA propagierten neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik unterworfen. Man wurde so zum Musterknaben der internationalen Gemeinschaft. Mit dem Übergang zur Budgetfinanzierung und den damit verbundenen gemeinsamen Kommissionen hatten die Geberländer ihren Einfluss auf die Politikgestaltung Ugandas schrittweise ausgebaut. Mit dem Ausbleiben erhoffter schneller Erfolge dieser verordneten „Entstaatlichungspolitik“ kühlte sich das Verhältnis zwischen Uganda und den Geberländern ab. Für einige mutierten Museveni und seine

Regierung gar von Musterknaben zu Bösewichten. Letztlich schiebt man sich die Verantwortung für die Nichterreichung hochgesteckter Ziele gegenseitig zu. In der Folge kommt es zu einer Verstärkung nationalistischer Tendenzen der NRM-Regierung.

Auch für Uganda scheinen deshalb die neuen asiatischen „emerging powers“ als eine Alternative. Von hier kommt Hilfe scheinbar unkonditioniert. Neben den traditionell präsenten Indern wird China attraktiver, und nicht erst seit dem China-Afrika Gipfel nimmt die Reisetätigkeit zwischen den beiden Ländern zu. Die Modernisierung von Ministerien und Parlament wäre ohne die Chinesen so nicht möglich. Auch die Regierungspartei NRM wäre ohne die Chinesen wahrscheinlich in noch größeren Finanznöten.

IV. Wirtschafts- und Sozialentwicklung

Obwohl sich die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zusehends verschlechtern, erweist sich die wirtschaftliche Entwicklung als relativ stabil. Noch im letzten Jahr von Trockenheit betroffen, gestaltet sich die diesjährige heftige Regenzeit als ebenso problematisch. Industrie, Handel und Dienstleistungssektor hatten seit Jahresbeginn unter vermehrten Stromausfällen zu leiden. Da Uganda in der Stromversorgung hauptsächlich von Wasserkraft abhängig ist, wirkte sich der ständig fallende Wasserspiegel des Viktoriasees katastrophal auf die Stromversorgung aus. Die über Generatoren versorgten ländlichen Gebiete litten unter den steigenden Erdölpreisen.

Die guten Regenfälle der letzten Wochen haben zwar den Wasserspiegel des Sees steigen lassen, dafür aber das sich bereits in schlechtem Zustand befindliche Straßennetz in einen verkehrsfährdenden Zustand versetzt. Die steigenden Energie- und Transportpreise haben für ein Anspringen der Inflation gesorgt, die das reale Wirtschaftswachstum erheblich beschneidet und auf jeden Fall unter die erwartete Marge drücken dürfte.

Dass es bei der Wachstumsrate nicht zu einem totalen Einbruch kam, ist lediglich größeren ausländischen Investitionen vorwiegend im Bausektor zu verdanken, die sich allerdings auf Kampala beschränkten. Hier wirft der bevorstehende Commonwealthgipfel seine Schatten voraus. Es entwickelt sich eine gewisse Aufbruchstimmung, die sich nicht nur positiv auf den Tourismus auswirkt, sondern Kampala auch als Konferenzort für internationale Veranstaltungen empfohlen wird. Die Wachstumsraten 2006 im Tourismus entwickeln sich zumindest überraschend gut.

Positiv entwickelte sich der Handel mit den Nachbarstaaten DRC und Südsudan. Größere politische Stabilität in der Gesamtregion, durch Wahlen in DRC, dem Friedensschluss im Südsudan und der relativen Befriedung Nordugandas lässt die Nachfrage in der Region steigen. Falls diese positiven politischen Entwicklungen durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen unterfüttert werden können, könnte auch die wirtschaftliche Produktivität in diesen Regionen anspringen und die Entwicklungsdefizite gegenüber der Gesamtregion verringern.

Eher langfristige Bedeutung haben die kürzlich erfolgreich verlaufenden Ölexplorationen im Lake Albert Gebiet. Bisher ist noch unklar, wie groß die Vorkommen sind und welche Investitionen notwendig sein werden, um eine wirtschaftliche Nutzung der Ölvorkommen

starten zu können. Die Hoffnungen sind jedoch groß und wirken zumindest psychologisch positiv auf die Wirtschaftserwartungen.

Inwieweit sich die Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Lebensstandard der einfachen Bevölkerung niederschlagen, bleibt die große und viel diskutierte Unbekannte. Die Polarisierung der politischen Debatte spiegelt sich auch in der Einschätzung der Wirtschafts- und Sozialentwicklung wieder. Sie wird mit vielfältigen sich widersprechenden Datenmaterialien, häufig zweifelhafter Herkunft, unterfüttert und ist deshalb nur mit großer Vorsicht zu genießen. Dennoch sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die im Dezember vom ugandischen Statistikkamt vorgelegten Zahlen einen signifikanten 7%igen Rückgang der unter die Armutsgrenze fallenden Haushalte (31%) gegenüber der letztjährigen Untersuchung (38%) ausweisen. Dadurch scheinen sich Berichte der UN Organisationen zu bestätigen, die Uganda auf einem guten Weg zur Erreichung der Millenium Development Goals sehen.

Abkürzungsverzeichnis

CHOGM	Commonwealth Head of state Meeting
CP	Conservative Party
DP	Democratic Party
DRC	Democratic Republic of Congo
EAC	East African Legislative Assembly
FDC	Forum for Democratic Change
IStG	Internationaler Strafgerichtshof
JEEMA	Justice, Economy, Education, Moral and African Unity
LRA	Lord Resistance Army
NRM	National Resistance Movement
UPC	Uganda People´s Congress

VI. FULL LIST OF CABINET POSTS

PRESIDENT: Yoweri Museveni

Vice President: Prof. Gilbert Bukenya - *(retained)*

PM Prof. Apolo Nsibambi *(retained)*

First DPM and Minister in Charge of EA Affairs: Eriya Kategaya *(bounced back after being sacked for opposing third term)*

Second DPM and Minister of Public of Service: Henry Kajura *(retained)*

Third DPM and Minister of Information and National Guidance: Kirunda Kivejinja *(formerly in*

Minister for Security: Amama Mbabazi *(formerly Min. of Defence)*

Presidency: Beatrice Wabudeya *(retained)*

General Duties (OPM): Adolf Mwesige *(promoted to full Minister, fmr. Min. of State for Justice)*

Agriculture, Animal Industry and Fisheries: Hillary Onek *(new)*

Defence: Dr Crispus Kiyonga *(formerly Min. Without Portfolio & National Political Commmissar)*

Relief and Disaster Preparedness: Tarsis Kabwegyere *(formerly Min. Local Government)*

Education and Sports: Namirembe Bitamazire *(retained)*

Energy and Minerals: Daudi Migereko *(formerly Min. for Trade)*

Internal Affairs: Ruhakana Rugunda *(retained)*

Finance: Dr Ezra Suruma *(retained)*

Works: John Nasasira *(retained)*

Justice, Constitutional Affairs and AG: Dr Khiddu Makubuya *(retained)*

Gender, Labour and Social Affairs: Syda Bumba *(formerlr Min. for Energy)*

Trade and Industry: Janat Mukwaya *(Formerly Min. Agriculture)*

Water and Environment: Maria Mutagamba (*promoted to full Minister*)

Lands, Housing and Urban Development: Omara Atubo (*new – Independent formerly UPC member dropped at primaries*)

Health: Dr Steven Mallinga (*new- UPC turned Movement*)

Foreign Affairs: Sam Kutesa (*retained*)

Minister of communication and information communication technology (ICT):

Hamu Muliira (*new from Academia*)

Local Government: Maj. General Kahinda Otafiire (*formerly Minister of Land and Water Development*)

Without Portfolio: Dorothy Hyuha (*new – Deputy Secretary Gen. Movement*)

Chief Whip: Kabakumba Masiko (*new*)

MINISTERS OF STATE:

Agriculture: Kibirige Ssebunya (*retained*)

Fisheries: Fred Mukisa (*retained*)

Animal Industry: Maj. Bright Rwamirama (*new*)

Higher Education: Gabriel Opio (*new*)

Primary Education: Peter Lokeris (*formerly Min. for Karamoja*)

Sports: Charles Bakabulindi (*retained*)

Energy: Simon D’Ujanga (*new*)

Minerals: Kamanda Bataringaya (*new*)

Finance (General Duties): Fred Omach (*new*)

Planning: Omwony Ojwok (*formerly Min. Of State for Economic Monitoring*)

Microfinance: Salim Saleh (*new*)

Investment: Prof. Ssemakula Kiwanuka (*retained*)

Privatisation: Chekamondo Rukia (*new*)

Foreign Affairs (International Affairs): Okello Oryem (*retained*)

Regional Affairs: Isaac Musumba (*formerly in Finance and Economic Planning*)

Gender (Women) Rukia Isanga (*new*)

Youth: James Kinobe (*new*)

Labour: Mwesigwa Rukutana (*formerly Min. of State for Finance*)

Disabilities: Sulaiman Madada (*new*)

Health (General): Richard Nduhura (*formerly Local Government*)

Primary Health Care: Dr Otaala Emmanuel (*new*)

Housing: Werikhe Kafabusa (*formerly of Energy*)

Urban Development: Urbane Tibamanya (*new*)

Lands: Atwoki Kasirivu (*new*)

Office of the VP: Economic Monitoring: Kagimu Kiwanuka (*new- son of DP founder the late Benedicto Kiwanuka*)

OVP (Ethics): Nsaba Buturo (*formerly Min. for Info in office of the President*)

Office of PM (Relief and Disaster preparedness): Musa Ecweru (*new- former RDC Soroti*)

OPM (Northern Uganda): David Wakikona (*new*)

OPM (Karamoja): Tom Butime (*formerly, in Communication*)

OPM (Luwero Triangle): Nyombi Thembo (*Formerly Min of State for Primary Education*)

Trade, Tourism, Wildlife and Antiquities: Wambuza Gagawala (*new*)

Industry: Ephraim Kamuntu (*new*)

Tourism: Serapio Rukundo (*new*)

Water: Jenipher Namuyangu (*formerly Min. of State for Industry*)

Environment: Jessica Eriyo (*new*)

Transport: Simon Ejua (*new*)

Works: John Byabagambi (*new*)

Defence: Ruth Nankabirwa (*retained*)

VP Office: James Baba (*new*)

Internal Affairs: Matia Kasaija (*new*)

Justice: Fred Ruhindi (*new*)

ICT: Nsambu Balintuma (*new*)

Local Government: Hope Mwesigye (*formerly Min. of State for Parliamentary Affairs*)

Public Service: Sezi Mbaguta (*new – from Ministry of Public Affairs*)